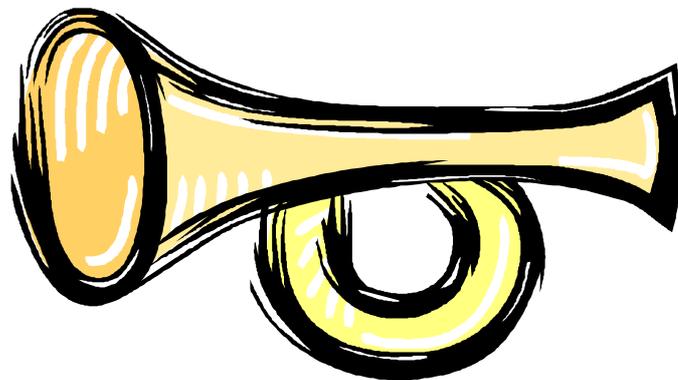


Aktuelle Post aus dem Kreistag (12)



8. Dezember 2017

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten über die Sitzung vom 6. Dezember 2017.

Eine seltsame Kreistagssitzung!

„Zu dumm diese parlamentarische Demokratie. Da muss man sich kurz vor Weihnachten treffen. Dabei könnte doch der Kreisausschuss gemeinsam mit den Fraktionsvorständen von SPD und CDU alles zeitsparend ganz allein entscheiden...“ Dies gibt ungefähr die Stimmung der Kreistagssitzung wieder. Eine unvermeidbare Pflichtveranstaltung kurz vor Weihnachten. Diskussionen, Kritik oder gar andere Anträge störten da eher.

Wir wiederholen jetzt einfach einen Absatz aus unserer letzten Einleitung zur Post aus dem Kreistag: „Ansonsten war alles wie immer: die große Koalition aus SPD und CDU stimmte alles rigoros weg, was nicht von ihr selbst kam.“

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Kassenkredite, Stammkapitalerhöhungen, Ausfallbürgschaften: der Wetteraukreis bereitet sich auf die „Hessenkasse“ vor.
3. Antrag DIE LINKE. / Piraten: alle Investitionsmittel aus der „Hessenkasse“ in den sozialen Wohnungsbau!
4. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Rüge für den Landrat.
5. Anpassung der Mietobergrenzen ab 1. 1. 2018
6. Antrag Grüne: Verzicht auf den zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten.
7. NPD-Antrag: Rückkehrberatung und -förderung für Ausländer und Asylanten.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion wünscht allen Leserinnen und Lesern der Post aus dem Kreistag erholsame Feiertage und ein gutes Jahr 2018!



RÜCKLICHT



Landesparteitag der Linken Hessen in Butzbach: Für den sozial- ökologischen Umbau!

Im November 2017 fand der Landesparteitag in der Wetterau statt. DIE LINKE. Wetterau half bei der Organisation und die Linke Hartz4-Hilfe Wetterau informierte im Foyer über ihre Arbeit. Acht Delegierte entsandte der Kreisverband Wetterau nach Butzbach. Mit Anträgen und in

Redebeiträgen stellten wir sozialpolitische Themen in den Mittelpunkt der Debatte. Der Landesparteitag beschloss, für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft einzutreten.

Neumitglieder und „Alte“ trafen sich im Roten Laden

Am 2. Dezember wurde es eng im Roten Laden. Denn zum Neumitgliedertreffen kamen viele Interessierte. Die Vorstellungsrunde zeigte schon: viele Mitglieder sind Linke geworden, weil ihnen die Themen Frieden und soziale Gerechtigkeit besonders



wichtig sind. Zwar sind die politischen Erfahrungen sehr verschieden, doch zu einem Ergebnis kamen alle Anwesenden: der Kapitalismus ist nicht die beste aller Welten. Und gegen die Rechtsentwicklung wollen alle DIE LINKE stärken.

Als Gast war die stellvertretende Landesvorsitzende Petra Heimer gekommen und erläuterte den Aufbau der Partei DIE LINKE. Dann stellte der Kreisvorstand mit einer Fotopräsentation die Arbeit des Kreisverbandes Wetterau vor. "Alte" und neue Mitglieder diskutierten in gemütlicher Atmosphäre und konnten sich kennenlernen. Es dürfen übrigens ruhig noch mehr Mitglieder werden....



Kassenkredite, Stammkapitalerhöhungen, Ausfallbürgschaften: der Wetteraukreis bereitet sich auf die „Hessenkasse“ vor

Das Land hat ein Programm namens „Hessenkasse“ aufgelegt. Dafür stellt die Landesregierung 510 Millionen Euro bereit. Kommunen, die ohne Kassenkredite auskommen aber finanz- und strukturschwach sind, können Mittel aus der „Hessenkasse“ bekommen. Mit der Hessenkasse geht ein Investitionsprogramm einher.

Die Koalition aus SPD und CDU stellte mehrere Anträge, um bestehende Kassenkredite abzulösen. Wenn das gelingt, kann der Wetteraukreis 31 Millionen aus der „Hessenkasse“ erhalten.

Es wurde also beschlossen, eine Ausfallbürgschaft für das Gesundheitszentrums Wetterau (GZW) zu übernehmen und Gleiches auch für die WEAG (Wetterauer Entsorgungsanlagen GmbH), um bestehende Kassenkredite aufzufangen. Der Wetteraukreis hat auch Kassenkredite beim Land Hessen laufen, die nun zurückgeführt werden müssen. Insgesamt ist von 35,8 Millionen Euro die Rede.

Wir haben einer Ausfallbürgschaft für das GZW in Höhe von max. 2,5 Millionen Euro zugestimmt. Alles andere aber abgelehnt.

Zur Absicherung des GZW ist eine Art Dispositionsspanne von 5 Millionen nötig. Da die Stadt Bad Nauheim und der Kreis Träger des GZW sind, kommt es zu dem Betrag von 2,5 Millionen. Es gab aber in der Kreistagssitzung einen heftigen Schlagabtausch zu diesem Punkt: die Stadt Bad Nauheim hat ihren Anteil von 2,5 Millionen noch nicht beschlossen und ihr Bürgermeister vertrat wohl auch die Auffassung, dass Bad Nauheim diese Summe nicht aufbringen könne. Es gibt diesbezüglich wohl eine Aussage des Landrats im Haupt- und Finanzausschuss, dass der Wetteraukreis in diesem Falle die Bad Nauheimer Anteile übernehmen würde. Eine freundliche oder eine feindliche Übernahme? Da gingen die Meinungen auseinander. Klar wurde: es wäre besser gewesen, zuvor miteinander zu sprechen statt arrogant von Übernahme zu fabulieren... Dieser Umgang mit der Stadtverordnetenversammlung Bad Nauheim ist unakzeptabel.

Wir haben vor allem nicht zugestimmt, wie das Hessenkassengeld ausgegeben werden soll. Für einen anteilmäßigen Zuschuss für einen Krankenhausneubau könnten wir uns erwärmen. Doch die anderen Punkte wollen wir zurückgestellt sehen: Schulbau, Kreisstraßenbau, S6 und Tilgung von Investitionsdarlehen.

Nicht, dass dies unwichtige Punkte sind. Aber wir wollen, dass das meiste Geld in den Bau von bezahlbarem Wohnraum investiert wird.

Das war unsere Rede:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, Meine Damen und Herren,
mit dem Abbau der Kassenkredite durch die Hessenkasse geht ein Investitionsprogramm einher. Das Land will 510 Millionen Euro bereitstellen für Kommunen, die ohne Kassenkredite auskommen aber finanz- und strukturschwach sind. Der Wetteraukreis wird 31 Millionen erhalten.

Jetzt fragt sich, für was das Geld ausgegeben wird.

Das Land jedenfalls nennt sozialen Wohnungsbau als Möglichkeit. Sie aber setzen das Geld nicht für den sozialen Wohnungsbau ein. In der Presse hat der Landrat das zwar angekündigt. Aber das war gestern. Heute wird ganz anderes beantragt.

Wir haben einen Antrag gestellt, - es ist der Punkt 17 der heutigen Tagesordnung - der diese Investitionsmittel für den Wohnungsbau verwendet sehen will. Wir werden dann nochmal dazu ausführen warum.

Doch wir wissen auch, meine Damen und Herren, dass Sie jetzt den hier genannten Punkten mehrheitlich folgen werden.

Nicht, dass es keine wichtigen Punkte wären.

Aber der weitaus wichtigste Punkt ist derzeit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Und dieses Problem ignorieren Sie weiterhin mit Hartnäckigkeit.

Antrag DIE LINKE / Piraten: Alle Investitionsmittel aus der Hessenkasse in den sozialen Wohnungsbau!

Den kompletten Antrag kann man hier lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/854-hessenkasse-alle-vef%C3%BCgbaren-mittel-f%C3%BCr-bezahlbaren-wohnraum.html>

In unserer Rede haben wir unser Anliegen dargelegt:

„Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, Meine Damen und Herren, obwohl bezahlbarer Wohnraum an die Spitze der drängenden Probleme in der Wetterau gehört, wird nicht im Entferntesten angemessen reagiert!

Es ist nicht dem Problem angemessen, dass einige Kommunen jetzt mal 18 Wohnungen bauen. Und dann auch noch stolz sind, wenn die dann um 9 Euro pro Quadratmeter liegen. 9 Euro! Ihre eigenen Mietobergrenzen betragen nirgendwo 9 Euro pro Quadratmeter! Sie sollten sich mal über eine Definition des Begriffs „bezahlbar“ Gedanken machen! Wäre dringend nötig, meine Damen und Herren!

Wir wollen hier nochmal erläutern, wie drängend das Problem ist:

Das Institut Wohnen und Umwelt - immerhin eine Forschungseinrichtung des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt - stellte im April 2017 eine Studie vor, die den Wohnungsbedarf bis 2040 untersucht.

Das Ergebnis: In Hessen fehlen 517 000 Wohnungen. Im Wetteraukreis 24 200.

Die Studie stellt fest: Im Wetteraukreis entstanden seit 2014 viel zu wenig neue Wohnungen. Nämlich 810 pro Jahr. Um den Wohnungsbedarf zu decken, müssten aber mindestens 1900 neue Wohnungen pro Jahr neu entstehen! Mal mindestens bis 2020. Und vor allem müssten Mietwohnungen gebaut werden! Der Bau von Eigenheimen und teuren Eigentumswohnungen wird die Wohnungsnot nicht bekämpfen!

Unser heutiger Antrag fordert, dass die 31 Millionen aus dem Investitionsprogramm „Hessenkasse“ voll für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden.

Im Übrigen wären es jetzt schon insgesamt 64 Millionen für bezahlbaren Wohnraum, wenn Sie unserem Antrag gefolgt wären, den Haushaltsüberschuss von 33 Millionen auch zur Lösung des Wohnungsproblems zu investieren.

Nicht erst, seit gute Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, stellt das Land Hessen in Zusammenarbeit mit der WI-Bank Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Es ist nicht besonders viel – aber viel wichtiger ist: Der Wetteraukreis ruft kein Geld aus diesem Fonds ab und auch keine der Wetterauer Kommunen.

Außerdem will ich nochmal in Erinnerung rufen – die Wiederholung ist bekanntlich die Seele der Pädagogik – dass Sie hier immer wieder beschlossen haben – entgegen der Empfehlungen des Rechnungshofs – nicht die gesetzlich möglichen Gewinne der Sparkasse in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben das Wohnungsproblem schon mehrmals in diesen Kreistag eingebracht. Möglich, dass es inzwischen die ein oder andere Überlegung Ihrerseits gibt. Sie haben immerhin öffentlich darüber nachgedacht, einen Zweckverband zu gründen. Wir würden uns über alle nennenswerten Aktivitäten freuen – sind aber angesichts des vorigen Tagesordnungspunkts misstrauisch.

Sollten Sie wirklich tätig werden wollen, finden wir, dass möglichst viel Geld direkt in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fließen soll.

Das erfordert andererseits, dass so wenig Geld wie möglich für Verwaltungs- und Leitungsgremien verwendet werden sollte.“

Wir müssen nicht betonen, dass alle Parteien – außer den Grünen, die haben sich enthalten – diesen Antrag abgelehnt haben.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Rüge

Der Antragstext ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/855-linke-beantragt-eine-r%C3%BCge-f%C3%BCr-den-landrat.html>

Unsere Rede:

„Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, Meine Damen und Herren, es steht eigentlich alles in unserem Antrag: Was der Landrat während der Kreistagssitzung vom 8. Februar behauptet hat, und was Ihnen als Abschrift des Mitschnitts vorliegt, entspricht nicht den Tatsachen. Das können Sie feststellen, wenn Sie die Protokolle der Ausschusssitzungen lesen: In keiner Sitzung zwischen Auftragsannahme am 14. 8. 2015 und der Kreistagssitzung am 8. 2. 2017 stand ein Punkt auf der Tagesordnung des RUE oder HFPG, der zu den Ergebnissen der Überprüfung zu einer kreiseigene Wohnungsgesellschaft informierte.

Sie können wegen mir akzeptieren, wenn sich der Landrat ziemlich arrogant über Beschlüsse des Kreistags hinwegsetzt und dann auch noch unrichtige Aussagen macht. Wir akzeptieren das nicht! Wir sehen das so, dass ein Beschluss des Kreistags eingehalten werden muss.

In diesem Fall: die Überprüfung durch den Kreisausschuss, ob und wie es möglich ist, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft aufzubauen.“

Die SPD nahm Arnold in Schutz und behauptete ebenfalls, es sei in den Ausschüssen berichtet worden. Ob sie ihre eigenen Protokolle nicht lesen? Die Rüge wurde abgelehnt.

Anpassung der Mietobergrenzen ab 1. Januar 2018

Im Sozialausschuss wurden die neuen Mietobergrenzen vorgestellt, die ab 1. Januar 2018 gelten sollen. Es ist aber nicht erwünscht, diese Mietobergrenzen auch im Kreistag zu diskutieren. Angeblich können die Daten nicht politisch beeinflusst werden. (Kein Witz!)

Was sind Mietobergrenzen?

Es sind Deckelungen bei den Kosten für Unterkunft, wenn jemand auf Sozialleistungen (Sozialhilfe, Hartz4) angewiesen ist. Teurer als die vorgegebenen Mietobergrenzen darf eine Wohnung nicht sein. Seit Jahren legt der Wetteraukreis ein so genanntes „Schlüssiges Konzept“ vor, das die Mietobergrenzen begründet. Wir sagen seit Jahren, dass die Berechnungen des Kreises viel zu niedrig angesetzt sind und die betroffenen Menschen zu diesen Preisen äußerst schwer eine Wohnung finden.

Mit den neuen Mietobergrenzen hat der Wetteraukreis wenigstens teilweise anerkannt, dass Erhöhungen nötig sind.

Es gibt 4 Zonen in der Wetterau, für die unterschiedliche Mietobergrenzen gelten. Im Westkreis sind die Mieten am teuersten und hier gab es notgedrungen Anpassungen nach oben. Im Ostkreis fallen die Anpassungen dagegen mager aus. In der Zone 4 (Gedern, Hirzenhain und Kefenrod) wurden die Mietobergrenzen teilweise sogar abgesenkt!

Wir werden nun eine Anfrage stellen, wie viele Daten diesen Berechnungen überhaupt zugrunde liegen. Denn dass die Mieten im Osten gesunken sind, kann uns niemand ernsthaft erzählen!

Wir werden die neuen Mietobergrenzen demnächst auf der homepage www.die-linke-wetterau.de unter der Rubrik Soziales veröffentlichen.

Antrag Grüne: Verzicht auf den zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten

Die Grünen haben einen Antrag gestellt, dem wir gerne zugestimmt haben: *„Für den Fall der Wahl einer der derzeitigen hauptamtlichen Beigeordneten zum Landrat bzw. zur Landrätin des Wetteraukreises spricht sich der Kreistag für einen Verzicht auf die Neubesetzung und damit den Wegfall der Stelle der bzw. des weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten aus.“*

Die Grünen wollen also nur einen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten statt zwei.

2013 wurde im Wetteraukreis ein umfassendes Sparprogramm durchgedrückt. Damals begründeten dieselben Kreispolitiker von der SPD, die heute zwei hauptamtliche Kreisbeigeordnete für dringend erforderlich halten, dass ein Kreisbeigeordneter völlig ausreichend sei.

Was kratzt mich mein Geschwätz von gestern?

Jedenfalls kann es nicht am Geld liegen. Eher am Parteienproporz, wenn SPD und CDU jeweils auf einen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten bestehen. Plötzlich gelten die Sparabsichten nicht mehr. Billig sind die beiden Stellen jedenfalls nicht!

NPD-Antrag: Rückkehrberatung und -förderung für Ausländer und Asylanten

Wieder so ein wiederlicher Antrag der NPD mit ekligem Nazi-Vokabular. Eigentlich wäre er kaum einer Erwähnung wert. Normalerweise gibt es zu einem solchen Antrag eine Gegenrede und dann wird abgestimmt.

Die Gegenrede sprach diesmal Stefan Lux von der SPD. Er rühmte den Rechtsstaat überschwänglich. Nichts läuft schief bei der Ausländerrechtssprechung.

Wir konnten uns nicht enthalten, auf folgedes hinzuweisen: so rechtsstaatlich, wie dargestellt, werden die Geflüchteten nicht behandelt. Es gibt bereits Rückkehrberatungen. Und zwar schon bevor das Asylverfahren beginnt, werden die Menschen einbestellt und verunsichert. Bevor ihr Anliegen geprüft wird, wird ihnen gesagt, dass sie sowieso keine Chance hätten.

Deswegen ist der NPD-antrag dennoch Mist!

Infos zum Sachverhalt gibt es zum Beispiel hier:

<http://www.hessenschau.de/gesellschaft/erzwungene-beratung-zur-freiwilligen-rueckkehr,asyl-freiwillige-rueckkehr-100.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber